

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 57/004/2011

Kreisausschuss am 09.06.2011

Zu Punkt 9: Erarbeitung einer Agenda zur Inklusion hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.05.2011
--

KA Völker erläutert den Antrag seiner Fraktion. Der Antrag sei als Anstoß zu werten, mit den umfangreichen Abstimmungen rund um das Thema Inklusion zu beginnen. Sobald die Eckpunkte des Landes vorliegen, müssten diese natürlich eingearbeitet werden.

KA Dr. Ibold wertet den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion als zu unbestimmt und spricht sich dafür aus, einen konkreten Handlungsrahmen vorzugeben. Berücksichtigt werden müssten seiner Auffassung nach folgende Fragestellungen:

1. Welche Arbeitsfelder sollen in einen Aktionsplan Inklusion einfließen?
2. Wie sind die Betroffenen zu beteiligen?
3. Welche Öffentlichkeitsarbeit ist hilfreich?
4. Welcher Zeitrahmen ist realistisch?

KA Dr. Ibold schlägt vor, bereits jetzt und unabhängig von den Entwicklungen auf Landesebene konkrete Inhalte festzulegen und Aufgabenfelder zu beschreiben. Seine Fraktion habe dazu eine Arbeitsgruppe gebildet und werde ihre Position noch konkretisieren.

KA Wedel weist darauf hin, dass es bisher lediglich die UN-Konvention und die entsprechende Ratifizierung durch den Bundestag zum Thema Inklusion gibt. Der gesamte Normenunterbau fehlt zurzeit noch. Seiner Auffassung nach nutzt es nichts, bereits konkrete Konzepte zu erarbeiten, wenn im späteren Verlauf Vorgaben des Landes zwingend zu berücksichtigen sind. Seiner Auffassung nach sollte zwar mit grundsätzlichen Überlegungen begonnen werden, man solle sich jedoch nicht in Widerspruch zu möglichen landesrechtlichen Vorschriften setzen.

Frau Haase weist darauf hin, dass bei der Erarbeitung einer Agenda zur Inklusion sicherlich die zu erwartenden Vorgaben des Landes berücksichtigt werden müssen. Sie erwartet zudem schwierige und sensible Abstimmungen mit den kreisangehörigen Städten und schlägt vor, bis zum Ende des Jahres 2011 zunächst erste Ideen zu präsentieren. Die weitere Entwicklung und Umsetzung sei jedoch ein langwieriger und mehrjähriger Prozess.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Agenda zur Inklusion zu erarbeiten. Die bisher schon begonnene schulische Inklusion ist zu berücksichtigen bzw. in diese Agenda einzuarbeiten. Mit den Städten ist abzustimmen, welche städtischen Maßnahmen der Unterstützung des Kreises bedürfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen